

Rede  
Nr. 044/2021  
Kiel, 25.02.2021

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Umfassende Teststrategie macht die Rückkehr zur Normalität erst möglich**

*„Der Weg aus der Pandemie ist die Impfung – bis dahin muss stärker getestet werden“*

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 16, 24+35 - Corona-Teststrategie in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht anpassen, Fahrtkosten zu den Impfzentren übernehmen und die freie Entscheidung zur Impfung wahren (Drs. 19/2757(neu), 19/2770 und 19/2792)

Auch wenn zu diesem Tagesordnungspunkt ein etwas befremdlicher Antrag vorliegt, gehe ich davon aus, dass wir uns in einem Punkt einig sind: Und zwar darin, dass Corona-Tests wesentlicher Bestandteil einer umfassenden Pandemie-Bekämpfungs-Strategie sind und bleiben müssen. Gezieltes Testen macht es möglich, die Zahl und Verteilung von infizierten Personen genauer zu erfassen. So bekommen wir ein aktuelleres und klareres Lagebild. Dieses Bild ist die Grundlage für eine Unterbrechung von Infektionsketten. Und es ist damit auch die Grundlage für den so wichtigen Schutz vor der Überlastung unseres Gesundheitssystems.

Wir wissen, dass die Zahl der verfügbaren Impfdosen auf absehbare Zeit knapp bleiben wird. Daraus folgt, dass längst nicht alle gefährdeten Menschen zeitnah durch eine Impfung geschützt werden können. Gleiches gilt für besonders exponierte Gruppen wie etwa jene, die in der Pflege, in der

Kinderbetreuung oder in der Eingliederungshilfe tätig sind. Gleichzeitig ist es richtig und dringend notwendig, dass wir diese und andere Bereiche schrittweise und behutsam öffnen. Vor diesem Hintergrund muss dann aber auch eins klar sein: Wir brauchen vermehrte und bedarfsgerechte Testungen, damit wir die Pandemie unter diesen Rahmenbedingungen und mit Blick auf mutierte Viren unter Kontrolle behalten und bekämpfen können.

Aus Sicht des SSW ist es natürlich zu begrüßen, dass auch der Stufenplan der Jamaika-Koalition Öffnungsschritte mit entsprechenden Regelungen zu Corona-Tests verbindet. Alles andere wäre fahrlässig. Nach allem was mir hier bisher zu Ohren kommt, läuft der Start zwar holprig, aber er läuft. Das ist zumindest etwas beruhigend. Aber aus unserer Sicht muss klar sein, dass die hier enthaltenen Vorgaben zu Testungen nur ein Anfang sein können. Für uns kann das genauso nur ein Einstieg sein, wie die Dinge, die wir im gemeinsamen Antrag mit der SPD fordern. Mittelfristig müssen die Kapazitäten noch deutlich erhöht und sowohl die Zahl der getesteten Personen wie auch die Frequenz erweitert werden.

Man muss gar nicht in weit entfernte Länder schauen, um die Vorteile einer breit angelegten Teststrategie studieren zu können. Unser Nachbarland Dänemark macht es vor. Hier hat man schon früh allen Bürgern angeboten, sich auch ohne Symptome gratis auf Corona testen zu lassen. Entsprechende Termine sind ganz bequem online buchbar. Und auch wenn der Testumfang nach aktuellen Plänen auf ein Niveau ausgeweitet werden soll, über das sich streiten lässt, steht eins fest: Mit einer solchen, umfassenderen Strategie werden auch verdeckte Infektionen aufgespürt und weitere Infektionsketten unterbunden. Damit ist die Rückkehr zum normalen gesellschaftlichen Leben zumindest deutlich greifbarer.

Wie gesagt: Man mag Zweifel daran haben, ob es sinnvoll ist, jede und jeden zwei Mal pro Woche anlasslos zu testen. Aber in jedem Fall müssen wir uns hier in Schleswig-Holstein Gedanken darüber machen, welche weiteren Personengruppen getestet werden und wie engmaschig diese Tests erfolgen müssen. Ich denke wir alle haben entsprechende Mails und Anrufe, beispielsweise aus dem Bereich der Pflegeschulen oder der Jugend- und Eingliederungshilfe, erhalten. Wir müssen die Sorgen und Ängste der hier Tätigen ernst nehmen und ihnen zumindest durch den einfachen Zugang zu Tests Sicherheit geben. So können wir nicht nur sie schützen, sondern auch größere Ausbrüche in Gemeinschaftseinrichtungen verhindern.